

Studie

Lebenssituation von Wiener*innen in Krisenzeiten

Vergleich der Zielgruppen
Gesamtbevölkerung | Mindestsicherungsbezieher*innen

Management Summary

November 2023

OGM
research & communication
Bösendorferstraße 2
1010 Wien
01/50650
office@ogm.at
www.ogm.at
twitter: @OGM_at

Management Summary

Hintergrund und Methodik der Studie

Vom Verfassungsgerichtshof wurde eine Kürzung der Wiener Mindestsicherung für Paare wegen Widerspruchs zum bundesweiten Sozialhilfe-Grundsatzgesetz als nötig erkannt. Die Mindestsicherung ist jedoch das unterste soziale Netz, in drei Viertel der von der bevorstehenden Kürzung betroffenen Haushalte leben zudem auch minderjährige Kinder.

Die MA 40 der Stadt Wien (Soziales, Sozial- und Gesundheitsrecht) hat daher das OGM-Institut beauftragt, zeitnah auf Basis belastbarer Daten zu erforschen, wie sich die Lebenssituation dieser Bevölkerungsgruppe aktuell (im Vergleich zur Gesamtbevölkerung) darstellt und welche Konsequenzen die bevorstehende Kürzung für die betroffenen Haushalte haben dürfte (wo muss gespart werden, welche sonstigen Bewältigungsstrategien existieren?).

Damit sollte auch eine datengestützte Entscheidungsgrundlage für die von der Stadt Wien geplante teilweise Kompensation der bevorstehenden Einkommensverluste geschaffen werden, die mittlerweile in Form des neuen Eltern-Familienzuschlags beschlossen wurde.

Aus dem anonymisierten Vollverzeichnis aller Bedarfsgemeinschaften in Wien mit Bezug von Mindestsicherung wurde von OGM durch mehrfach geschichtete Zufallsauswahl eine Kontaktstichprobe von 15.000 Haushalten gezogen, die eine postalische Einladung der MA 40 zur Teilnahme an einer Befragung erhielten.

Der Fragebogen war in enger Abstimmung zwischen OGM und der MA 40 unter Einbeziehung der Armutsforschung entwickelt worden, die Beantwortung war in 8 Sprachen möglich (Deutsch, Englisch, Bosnisch-Kroatisch-Serbisch, Türkisch, Arabisch, Farsi).

Zum Einsatz kam vorrangig eine Push-to-Web-Befragung (passwortgeschütztes Onlineformular), ergänzt um telefonische Interviews bei Zielhaushalten ohne Internetzugang. Zahlreiche Rückfragen von kontaktierten Personen wurden von OGM und der MA 40 betreut.

Durch diesen sehr niederschweligen und inklusiven Zugang war die Teilnahme an der Erhebung außerordentlich gut, es liegen 3.381 vollständige und qualitätsgeprüfte Interviews vor (Schwankungsbreite nur $\pm 1,7\%$, fast die Hälfte der Interviews waren nicht deutschsprachig). Neben dieser einmalig großen und repräsentativen Datenbasis ist daher auch das sehr starke Kommunikationssignal an eine Gruppe mit wenig Ressourcen sehr positiv zu werten.

Als „statistischer Kontrollgruppe“ wurden gleichzeitig 1.178 Haushalten repräsentativ für die Wiener Gesamtbevölkerung aus dem OGM-eigenen Befragtenpanel dieselben Fragen gestellt. Durch den Vergleich mit diesen „Normwerten“ lassen sich die Besonderheiten in der Zielgruppe der Mindestsicherungsbezieher*innen trennscharf identifizieren.

Wie wohnen Mindestsicherungsbezieher*innen?

Wohnkosten sind traditionell im städtischen Bereich ein besonderes Thema, das durch den starken Anstieg der Mietpreise in den vergangenen Jahren (auch durch Indexanpassungen) nochmals an Bedeutung gewonnen hat.

In ganz Wien liegt die Mieterquote bei 74%, bei den Haushalten mit Mindestsicherung bei 95%. Die restlichen 5% wohnen in betreuten Wohneinrichtungen. Die Betroffenen verfügen also über kein Immobilienvermögen, auf das sie im Krisenfall zugreifen könnten. Bei der Miete sind zudem keine kurzfristigen Einsparungen möglich.

Mietausgaben sind in absoluten Beträgen bei Mindestsicherungsbezieher*innen zwar geringer als in der Wiener Gesamtbevölkerung, können aber einen Großteil des monatlich verfügbaren Einkommens ausmachen. Ein Viertel der Mindestsicherungsbezieher*innen gibt mehr als 750 Euro monatlich für Wohnen (Miete plus Betriebskosten) aus.

Neben der Wohnungsgröße ist auch die Wohnungsausstattung von Mindestsicherungsbezieher*innen unterdurchschnittlich. Dies gilt besonders bei der Möblierung der Wohnung, beim PC/Laptop (Smartphone ist oft das einzige Endgerät mit Internetanschluss) sowie bei Geschirrspül- und Waschmaschine (weniger Komfort, mehr Zeitaufwand für Hausarbeit).

Mindestsicherungsbezieher*innen sind verstärkt auf Gemeindewohnungen angewiesen und haben v.a. wegen fehlender Eigenmittel unterdurchschnittlichen Zugang zu Genossenschaftswohnungen. Ein Drittel der Haushalte sind vom privaten Mietmarkt abhängig, wo sie mehrheitlich in nur befristeten Mietverhältnissen leben, teilweise auch auf Basis bloß mündlicher Vereinbarungen (mangelnde Planungs- und Rechtssicherheit).

Wie wirkt sich die Teuerungskrise auf Mindestsicherungsbezieher*innen aus?

Die Mindestsicherung bildet das unterste soziale Netz. Bezieher*innen müssen in aller Regel ihr gesamtes Einkommen für den Konsum aufwenden und verfügen über kein nennenswertes Vermögen. Auch wenn die Teuerungskrise daher zwar letztlich die gesamte Bevölkerung trifft, so sind ihre Auswirkungen am unteren Ende der Einkommensskala dennoch stärker.

Derzeit fällt 48% der Wiener Bevölkerung das Auskommen mit dem Einkommen schwer und 50% leicht. Bei den Mindestsicherungsbezieher*innen fällt es 95% schwer und nur 2% leicht.

49% der Mindestsicherungsbezieher*innen hatten im heurigen Jahr Schwierigkeiten mit der pünktlichen Bezahlung der Miete, der Wiener Bevölkerungsdurchschnitt (bei Mieter*innen) lag demgegenüber bei 15%. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den stark gestiegenen Energiekosten, wo sogar mehr als die Hälfte der Haushalte mit Mindestsicherung Zahlungsschwierigkeiten hatten oder bereits in Verzug sind.

Speziell in Hinblick auf gestiegene Miet- und Energiekosten wurden von der Stadt Wien Hilfszahlungen (u.a. der Wiener Wohnbonus und der Wiener Energiebonus) geleistet, diese wurden von jedem vierten Haushalt mit Mindestsicherung zum Abbau von Rückständen verwendet.

87% der Wiener Mindestsicherungsbezieher*innen sind ganz besonders durch steigende Lebensmittelpreise belastet. Lediglich bei Treibstoff und Kreditzinsen ist die Belastung unterdurchschnittlich (weil meist weder Auto noch Kredit vorhanden sind).

41% der Mindestsicherungsbezieher*innen mussten sich Geld von Bekannten leihen, diese Quote ist fast sechsmal so hoch wie im Wiener Bevölkerungsdurchschnitt. Überbrückungsstrategien von Haushalten mit Mindestsicherung sind auch das Aufschieben von Reparaturen/notwendigen Anschaffungen (31%) und das Nicht-Bezahlen von Rechnungen (19%).

93% der Familien mit Mindestsicherung mussten heuer Ausgaben für ihre Kinder einschränken, im Wiener Bevölkerungsdurchschnitt waren es hingegen 59%. Für Kinder von Mindestsicherungsbezieher*innen fehlt überdurchschnittlich oft das Geld für Bekleidung, Schuhe, Sport- und Spielgeräte sowie außerschulische Kurse.

Wie wirkt sich eine Kürzung der Mindestsicherung um 100 Euro aus?

100 Euro weniger Einkommen pro Monat wäre für die Mehrheit (53%) der Wiener Haushalte eher leicht verkraftbar, weil meist nicht das gesamte Einkommen in den laufenden Konsum fließt und/oder Rücklagen vorhanden sind. In Haushalten mit Mindestsicherung hingegen ist die Sparquote so gut wie immer null/negativ und kein nennenswertes Vermögen vorhanden. Eine Kürzung des laufenden Einkommens bedingt daher unmittelbare Ausgabenkürzungen.

56% der Haushalte mit Mindestsicherung geben an, ein Bestreiten der bisherigen Ausgaben wäre mit 100 Euro weniger Einkommen pro Monat nur mehr sehr schwer möglich, in der Wiener Gesamtbevölkerung liegt dieser Wert nur bei 11%.

Zudem unterscheidet sich die Art des Verzichts: Wiener Durchschnittshaushalte würden bei 100 Euro monatlich weniger vor allem bei Lebensmitteln (34%), Ausgehen/Restaurants (26%) sowie Freizeit und Kultur sparen (20%; Mehrfachnennungen möglich). Haushalte mit Mindestsicherung müssten neben Lebensmitteln (71%) vor allem bei Energie (Strom/Heizung; 47%), Wohnkosten (39%) und Bekleidung/Schuhen (22%), also eher bei Grundbedürfnissen sparen.

Fazit

Mindestsicherungsbezieher*innen wohnen fast ausschließlich zur Miete und sind daher von der Entwicklung der Wohnungsmieten überproportional betroffen. Speziell Familien mit Mindestsicherung wohnen häufig in zu kleinen und mangelhaft ausgestatteten Wohnungen, relativ häufig mit befristeten Verträgen und teilweise auf Grundlage nur mündlicher Vereinbarungen.

In Folge der starken Teuerung der letzten beiden Jahre konnten gestiegene Fixkosten z.B. für Miete oder Energie von Haushalten mit Mindestsicherung oft nur mehr schwer oder nicht mehr bezahlt werden, da sie kaum über Reserven beim laufenden Einkommen oder Vermögen verfügen. Die Wiener Hilfszahlungen waren zwar ein kurzfristiges „Pflaster“, können jedoch die Teuerung nicht langfristig kompensieren. So blieben oft nur Überbrückungsstrategien wie Geld leihen oder Zahlungsaufschub, die nicht auf Dauer aufrechterhalten werden können.